

Pressemitteilung
Kiel, 25.08.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Pläne für CO₂-Projekt in Eggebek müssen umgehend gestoppt werden

Der SSW fordert die Universität Kiel auf, ein geplantes Forschungsprojekt zur CO₂-Endlagerung auf dem Flugplatzgelände in Eggebek umgehend zu stoppen. „In Eggebek soll offensichtlich unter dem Deckmantel der Wissenschaft ein Pflöck eingeschlagen werden, in der Hoffnung, dass das Loch sich dann weiten lässt und die RWE-DEA auf Dauer doch noch ein großes CO₂-Endlager im Norden einrichten kann. Nach dem Bergbaurecht ist ein solcher Modellversuch legal. Politisch ist der Plan aber die Veralberung der Bürgerinnen und Bürger in der Region, die klar zu verstehen geben haben, dass die CCS-Technologie bei uns absolut nichts zu suchen hat“, sagt der SSW-Vorsitzende Flemming Meyer.

„Das geplante Projekt auf dem Konversionsgelände in Eggebek zeigt deutlich, dass die ganze Basta-Rhetorik von Peter Carstensen, Ralf Stegner und der FDP nur heiße Wahlkampfluft ist. Die RWE-DEA und die Geologen der Uni Kiel gehen immer noch davon aus, dass sich das Endlager-Projekt nach der Wahl durchführen lässt. Wir fordern Peter Harry Carstensen und alle Parteien im Landtag auf, klar Farbe zu bekennen und den SSW-Vorschlag zu unterstützen, die unterirdische Speicherung von CO₂ grundsätzlich in Deutschland zu verbieten. Wenn diese Pläne nicht endgültig beerdigt werden, dann werden sie uns immer wieder heimsuchen“, warnt Meyer.

Hintergrund

Das Amt Eggebek hat für Donnerstag zu einer internen Veranstaltung für Kommunalpolitiker mit Prof. Dahmke vom Institut für Geowissenschaften der CAU Kiel eingeladen. In der Einladung heißt es, das das beabsichtige im Rahmen eines Forschungsvorhabens die CO₂-Einbringung auf dem Flugplatzgelände Eggebek.

Ein solches Forschungsvorhaben kann schon heute nach dem Bergbaurecht durchgeführt werden und setzt deshalb nicht die Verabschiedung des im Bundestag verschobenen CCS-Gesetzes voraus.

Mehr zum Thema: www.ssw.de/co2